

A3 Die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete kritisch begleiten - Diskriminierungsfreiheit sicherstellen

Gremium: GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 11.04.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Mit den Beschlüssen des deutschen Bundestages und des Bundesrates haben die
2 Länder im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes nun zusätzlich zu bestehenden
3 Wegen die Möglichkeit, Leistungen für Asylsuchende nun auch per Bezahlkarte
4 auszureichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht die derzeitigen Debatten um die
5 Ausgestaltung dieser Maßnahme durch Länder und Kommunen kritisch.

6 Die Einführung der Bezahlkarte birgt die Gefahr, dass die gesellschaftliche
7 Integration und Teilhabe durch Asylsuchende erschwert oder eingeschränkt wird.
8 Hier bleiben wir mit Blick auf die Ausgestaltung der Bezahlkarte in den Kommunen
9 aufmerksam. Neben offensichtlichen Problemen wie der Stigmatisierung durch eine
10 mögliche Erkennbarkeit der Karte und den sozialen Hemnissen, die damit
11 einhergehen, betrifft dies bspw. auch Kinder und ihre Bedarfe in hohem Maße.

12 Die gesellschaftliche Teilhabe soll dadurch gewährleistet sein, dass ein Teil
13 der Summe als Bargelddbetrag abgehoben werden könne, wenn bspw. eine
14 Kartenzahlung nicht möglich ist. Dennoch ist es höchst fragwürdig, inwieweit
15 diese Geldbeträge ausreichen. Im Beispiel von Hamburg erhalten erwachsene
16 Geflüchtete 50 € und Kinder 10 € im Monat. Dadurch ist soziale Teilhabe faktisch
17 nicht möglich. Darüber hinaus ermöglicht die Bezahlkarte den Behörden, die
18 Einkäufe der Nutzer*innen zu kontrollieren und vorzuschreiben, an welchen Orten
19 eingekauft werden darf, was die Würde der Asylsuchenden stark verletzt.

20 Eine Bezahlkarte verlagert zudem nur die aktuelle Problemlage auf die Kommunen,
21 die bereits jetzt mit einer Vielzahl von Herausforderungen im Umgang mit
22 Geflüchteten konfrontiert sind. Die Kosten zur Einführung und Verwaltung der
23 Karte führen zu einer zusätzlichen Belastung. Außerdem sollen Kommunen
24 ermitteln, welche Bargelddbeträge für soziale Teilhabe vor Ort nötig wären. Das
25 stellt einen immensen bürokratischen Aufwand dar, der in keiner Relation zum
26 scheinbaren Nutzen der Bezahlkarte steht.

27 Darüber hinaus wird von einigen Akteur*innen gehofft, dass die Bezahlkarte
28 Deutschland für Asylsuchende unattraktiver macht. Allerdings fliehen
29 Asylsuchende nicht wegen der vermeintlich attraktiven Bedingungen nach
30 Deutschland, sondern vor Hunger, Krieg und Verfolgung in ihren Herkunftsländern.

31
32 Die zuletzt auch durch einzelne CDU-Vertreter*innen vorgestellte Idee, solche
33 Karten als Erfolgssystem zu betrachten und bspw. auf Bürgergeldempfänger*innen
34 auszuweiten, ist nicht nur Ausdruck von zusätzlicher Gängelei, sondern auch
35 potentiell verfassungswidrig.

36 Angesichts dieser Gefahren bestärken wir alle bündnisgrünen
37 Kommunalpolitiker*innen in Sachsen-Anhalt sowie die bündnisgrüne
38 Landtagsfraktion, sich gegen die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete
39 auszusprechen, wenn diese grundsätzliche Freiheiten von Asylsuchenden bei der
40 Nutzung der ihnen zustehenden Mittel einschränkt. Die SocialCard der Stadt

41 Hannover zeigt ein Beispiel, wie stattdessen eine diskriminierungsfreie Nutzung
42 der Bezahlkarte ausgestaltet werden kann. Daran wollen wir uns politisch
43 orientieren. Stattdessen soll der Zugang zu Girokonten in den Fokus gerückt
44 werden, um größtmögliche Teilhabe zu gewährleisten und die Autonomie
45 Geflüchteter zu stärken.

Begründung

erfolgt mündlich